

**Dr. Stefan Bollinger**

## **100 Jahre nach Beginn des 1. Weltkriegs - Wie aktuell ist Lenins Imperialismustheorie heute?[\[1\]](#)**

### *Theorie und Politik*

Wir haben in den letzten Monaten in einer großen Hype zum 1. Weltkrieg dazulernen dürfen. Wir wissen fast alles über die entscheidenden fünf Wochen zwischen dem 28. Juni, dem Tag des Attentats – und dem 1. August, dem Tag der deutschen Kriegserklärung gegen Russland. Wir wissen, was in den Kabinetten diskutiert wurde, welche Telegramme durch den Äther gingen, welche Aktennotizen wann erstellt wurden und wir bekommen Deutungen, was da im Einzelnen gemeint wurde.

Die wichtigste Erkenntnis ist aber, dass die Politiker und Militärs in der eigenen Logik gleich Schlafwandlern in den Krieg hineingeschlittert sind, dass sie nicht recht wussten, was das für ein Krieg sein könnte und sie nur die Logiken des Aufmarsches und der Bündnissysteme im Sinn hatten. Dummerweise haben ihnen weder UN, noch EU, noch OSZE, ja nicht einmal die diverseren Politikwissenschaftler und Historiker aus der Bredouille helfen können, in diese unvorbereitet und überraschend geraten seien.

Dafür wissen die heute begeistert gelesenen und propagierten Historiker mit Christopher Clark und Herfried Münkler genau, was auf keinen Fall stimmen kann – die Großtheorien, die über strukturelle Besonderheiten des Kapitalismus, über sozioökonomische Fragestellungen, über den Einfluss der Wirtschaft auf die politischen Entscheidungen funktionieren könnten. Das haben die Marxisten-Leninisten versucht, und weit schlimmer, das hatte Ernst Fischer mit seinem "Griff nach der Weltherrschaft" in den 1960er als Irrweg propagiert, wo doch heute bereits die Studenten wissen, dass die Welt so nicht funktioniert.

Die Frage nach der Rolle der Imperialismustheorie könnte eine theoretische Frage sein, wenn sie nicht in besonderer Weise Konsequenzen nach sich ziehen würde. [\[2\]](#) Nun steckt die Linke, auch der Marxismus – oder das, was von ihm übrig sein soll – in der Krise. Marx und Engels, geschweige denn Lenin sollen keine Gewährleute für die linke Politik und ihre Organisationen sein, bestenfalls Teile eines Theoriesets, das befragt werden könnte.

Andererseits ist die Theorieschlacht um das Schicksal des Realsozialismus – so es sie denn gegeben hat – für die Linke verloren gegangen, wurde verloren gegeben. Es liegt für Unverbesserliche vielleicht nahe, über einen Umweg die Bedeutung linker, marxistischer Theorie, auch in den Lesarten von Lenin, oder Trotzki oder Bucharin oder Luxemburg oder Kautsky an jenem Punkt zu aktivieren, wo es los ging mit der Entscheidung über die Schärfe des Klassenkampfes, über die Wahl der politischen Strategien der Linken gegen den Kapitalismus oder in ihm selbst, über die Spaltung der Linken. Also ein Versuch der dialektischen Erklärung dessen, was Realsozialismus war und der Mechanismen, die die zwingende, revolutionäre Alternative Kapitalismus und Sozialismus erklärbar machen könnte.

Eine Wiedererinnerung an die Imperialismustheorie(n) mit ihren politischen Konsequenzen für eine sich neu organisierende Linke, für eine notwendige Theoriefindung, für die Entwicklung von Gegenstrategien könnte Bedeutung haben für die Interpretation heutiger Vorgänge. In diesen könnte das Ringen von USA, deutsch dominierter EU (und innerhalb der

EU), Russland, Japan und die anderen BRIC-Staaten vielleicht auch aus diesem Erklärungsmuster heraus erfasst werden. Eine mögliche Grundlage für Gegenstrategien bietet sich an – nicht als supranationales Ringen einer Multitude in einem Empire, sondern als Klassenkämpfe auf nationaler wie internationaler Ebene.

Die Entfesselung des Großen Krieges und die sich daraus resultierende Spaltung der Linken könnte der ideale Ausgangspunkt sein. Denn für die Auseinandersetzung der Linken mit dem Weltkrieg heute – angesichts der Dominanz der bürgerlichen Ideologie und ihrer Rechtfertigungsstrategien – gerade zugunsten des fast unschuldigen Deutschlands, das nun in neuer Normalität als europäische Großmacht mit weltpolitischen Ambitionen funktioniert – sind einige Fragen zu beantworten.

Worin bestand das Geheimnis, aus dem Kriege entstehen – in der Dummheit der Akteure und ihrem Fatalismus - oder in sozioökonomischen Widersprüchen, der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der Staaten und Wirtschaften? Warum konnten Linke – außer der russischen Bolschewiki um Lenin und den bulgarischen Engherzige und jenen Linken, die beharrten, aber lange brauchten für die Trennung – so rasch auf die Linie der Vaterlandsverteidigung einschwenken? War es nur die Täuschung durch die politische Führung? Oder wirkte der Versuch nach, staatstragend Teil des politischen Systems zu sein?

### *Nicht nur um den Platz an der Sonne*

1897 schien es noch vage Zukunftsmusik, als der Außenstaatssekretär und spätere Reichskanzler Bernhard von Bülow unter Bravo-Rufen des Reichstages verkündete, "wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne"[\[3\]](#). Es wurde bald Realität – in den deutschen Rüstungsschmieden, die weltweit verkauften, in den deutschen Kasernen und nun auch auf den Meeren. Nach des Kaisers Palästina-Expedition (1898) und vor allem dem Bau der Bagdad-Bahn (ab 1903), dem deutschen Engagement bei der Niederwerfung des Boxeraufstands (1900), der "Pazifizierung" der wenigen deutschen Kolonien, dem "Panthersprung" nach Agadir (1911) halfen auch die vermeintlich guten Verwandtschaftsbeziehungen der Herrschaftshäuser und die intellektuelle Freizügigkeit wenig. Der Kuchen musste neu verteilt werden. Die Tortenstücke waren sicher auch Kolonien, aber vor allem Rohstofflager und noch mehr Absatzmärkte, Produktionskapazitäten.

Ein russischer Revolutionär, Lenin; schrieb später im Ersten Weltkrieg: "Für den Imperialismus ist gerade das Bestreben charakteristisch, *nicht nur* agrarische Gebiete, sondern sogar höchst entwickelte Industriegebiete zu annektieren (Deutschlands Gelüste auf Belgien, Frankreichs auf Lothringen), denn erstens zwingt die abgeschlossene Aufteilung der Erde, bei einer *Neuaufteilung* die Hand nach *jedem beliebigen* Land auszustrecken, und zweitens ist für den Imperialismus wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie, d.h. nach der Eroberung von Ländern, nicht so sehr direkt für sich als vielmehr zur Schwächung des Gegners und Untergrabung *seiner* Hegemonie (für Deutschland ist Belgien von besonderer Wichtigkeit als Stützpunkt gegen England; für England Bagdad als Stützpunkt gegen Deutschland usw.)."[\[4\]](#) Berlin war eine akute politische und wirtschaftliche Herausforderung für die anderen Mächte. Eine Besonderheit seiner Wirtschaftsentwicklung war die Ergänzung der Expansionsmechanismen. In der deutschen Variante des "stealth imperialism", eines in den heutigen Begriffen Tarnkappen-Imperialismus, wie es der US-amerikanische Historiker Chalmers Johnson[\[5\]](#) nennt, werden andere Wege der

schleichenden, aber erfolgreichen Durchdringung und schließlich Eroberung der Vorherrschaft in Regionen und in der Welt beschrieben. Die wichtigste deutsche Methode, die aber auch anderen Mächten nicht unbekannt war, stellte genau dieser Bau von Eisenbahnen dar. Hier konnte das Deutsche Reich "eine größere Rolle ... spielen, als es seinem Anteil am Kapitalexport und noch weniger seinem Kolonialbesitz entsprach".<sup>[6]</sup>

### *Das neue Jahrhundert brachte den Imperialismus*

Ein Schlüssel für jede Bewertung des Krieges von 1914 und seiner sozioökonomischen Ursachen liegt in der Analyse der handelnden Akteure als imperialistische Staaten mit imperialistischen Zielen. Dabei ist augenfällig, dass für Zeitgenossen auch in der herrschenden Elite es nicht das Problem war, über "Imperialismus" zu sprechen, auch wenn sie diesen eher bei der Gegenseite vermuteten. Walther Rathenau, der starke Mann der AEG, war noch ein Jahr vor Kriegsbeginn maßlos über die vermeintliche deutsche außenpolitische Schwäche enttäuscht. *"Die letzten hundert Jahre bedeuteten die Aufteilung der Welt. Wehe uns, dass wir so gut wie nichts genommen und bekommen haben! Nicht politischer Ehrgeiz und nicht theoretischer Imperialismus rufen diese Klage aus, sondern beginnende wirtschaftliche Erkenntnis. Die Zeit naht eilendheran, in der die natürlichen Stoffe nicht mehr wie heute willige Marktprodukte, sondern heiß umstrittene Vorzugsgüter bedeuten; Erzlager werden eines Tages mehr gelten als Panzerkreuzer, die aus ihren Gängen geschmiedet werden."*<sup>[7]</sup> Wohlgedacht, hier hadert nicht etwa einer der sowieso aggressiver eingestellten deutschen Schwerindustriellen, die gierig auf die Erzgruben jenseits der deutschen Westgrenzen starren. Rathenau war eigentlich der Vertreter der neuen, der elektrischen Industrie, die sonst immer etwas bedächtiger und mehr auf die wirtschaftliche Durchdringung denn auf die territoriale Annexion setzte. Aber er wusste um die Interessen seiner Klasse und um die Zwänge, sie politisch zu untersetzen. Noch kurz zuvor hatten die deutschen Politiker in Nordafrika, in der Marokko-Krise eine Schlappe erlitten und recht ohnmächtig dem britischen und französischen Druck nachgeben müssen. Handel und Wandel ja, aber keine wirkliche Expansion, obschon auch deutsche Industrielle sich für marokkanische Bodenschätze begeistern konnten. Allerdings hatte Rathenau sicher keine abwegige Vorstellung, wenn er betonte: "Schon heute wäre die Hoffnung irrig, als könnten fremde Kolonien uns so gut bedienen wie eigene; als könnten Deutsche in Marokko so gut Bergbau treiben wie Franzosen. Jeder Kenner auswärtiger Industrien weiß, was fremde Landesaufsicht, fremde Gesetzgebung, fremde Transportbahnen, Häfen, Finanzen und Konkurrenzen bewirken und verhindern können. Wir werden Käufer bleiben statt Produzenten eigenen Rechts zu sein, und es wird kaum einer Periode künftiger Exportzölle bedürfen, um uns diese Schwäche fühlbar zu machen, sobald die steigende Konsumkraft der Welt beginnt, die ersten Rohstoffe einzuengen."<sup>[8]</sup>

Eigene Kontore, möglichst die eigene Flagge, wenn es geht eine von deutschen Kapitalien abhängige Regierungen und Unternehmen, darum ging es. Hier waren die imperialistischen Mächte in ihren Zielen und Methoden einig, allerdings in ihren Möglichkeiten unterschiedlich befähigt.

Das Deutsche Reich stand eigentlich nicht schlecht da, wie seine Wirtschaftsdaten im Vergleich zu den anderen Industriemächten belegen. Frankreich und Russland standen außer Konkurrenz und selbst Großbritannien verlor mit dem Erstarken neuer Rivalen seinen lange unangefochtenen Rang nicht nur als Finanzgröße, sondern als Industriemacht. Es galt nicht mehr, dass "England ... 'die Werkstatt der Welt werden'" mochte und "alle anderen Länder ...

für England werden (sollten), was Irland schon war - Märkte für seine Industrieprodukte, Bezugsquellen seiner Rohstoffe und Nahrungsmittel. England, der große industrielle Mittelpunkt einer ackerbauenden Welt, mit einer stets wachsenden Zahl Korn und Baumwolle produzierender Trabanten, die sich um die industrielle Sonne drehen." [9] Das war schon Geschichte, Wirtschaftsgeschichte. Die anderen Mächte hatten sich inzwischen gemauert. Doch bot der Beginn des neuen Jahrhunderts bereits eine weitere Perspektive. Die zunehmend selbstbewussteren und unstreitig machtvollen Vereinigten Staaten von Amerika drohten zu einer neuen Rechengröße zu werden, wenn der eigene Kontinent und die Zuwendung zu Ostasien dort nicht mehr als ausreichend betrachtet würden. Nochmals sei auf Rathenau verwiesen, auf den Kern der nationalen Konkurrenz der unterschiedlichen imperialistischen Mächte aufmerksam machte. "Was aber die Nationen hindert, einander zu vertrauen, sich aufeinander zu stützen, ihre Besitztümer und Kräfte wechselweise mitzuteilen und zu genießen, sind nur mittelbar Fragen der Macht, des Imperialismus und der Expansion: im Kerne sind es Fragen der Wirtschaft." [10] Für ihn war die Lösung des Problems das Herstellen einer neuen Einheit der Wirtschaftsmächte, des internationalen Kapitals. Es klang nicht unfreundlich, wenn er feststellte: "Verschmilzt die Wirtschaft Europas zur Gemeinschaft, und das wird früher geschehen als wir denken, so verschmilzt auch die Politik. Das ist nicht der Weltfriede, nicht die Abrüstung und nicht die Erschlaffung, aber es ist Milderung der Konflikte, Kräfteersparnis und solidarische Zivilisation." [11] Dass dabei nicht unbedingt an ein friedliches Aushandeln gedacht wurde, das belegt die deutsche Politik einschließlich der Ambitionen der deutschen Wirtschaftsführer einschließlich Rathenaus spätestens unmittelbar nach Kriegsbeginn. Nicht schnell genug konnten sie ihre Kriegsziele formulieren und nicht schnell genug konnte sie dem Militär ihre wirtschaftliche Kompetenz für die Kriegsführung anbieten. Das führte etwa Rathenau auf eigenen Wunsch an die Spitze der neu geschaffenen Kriegsrohstoffabteilung und beförderte ihn so zeitweilig zu einem Wirtschaftsdiktator im Reiche.

Auch wenn hier der Blick auf Deutschland gerichtet wird, so handelt es sich um eine generelle Entwicklung. Denn zeitgleich verschoben sich in den einzelnen Staaten die wirtschaftlichen und damit sozialen Proportionen. Die Industrie dominierte während die Landwirtschaft an Bedeutung verlor. Der scharfsinniger Soziologe Werner Sombart zeigte am Vorabend des Krieges die Ansätze des neuen Imperialismus, des Wandels des Kapitalismus durch die Verbindung von Bourgeoisie und Adel sowie eine Verwirrung hinsichtlich der wirtschaftlichen Einflüsse: "So wäre denn das Endergebnis der sozialen Revolution des neunzehnten Jahrhunderts für Deutschland dieses: in den Niederungen des Volkes ist eine grundstürzende Veränderung zu verzeichnen: eine große Klasse, das Proletariat, ist neu entstanden und bildet jetzt die breite Basis des gesellschaftlichen Baues. Das Handwerkertum hat sich annähernd in seinem Bestande erhalten, ist aber in die Defensive gegenüber dem Kapitalismus gedrängt. Auf den Höhen der Gesellschaft wandeln statt der ehemals einzigen Klasse jetzt zwei. Zwischen diesen ist eine Art von Teilung der äußeren Güter eingetreten: die eine hat das Geld, die andere Macht und Ansehen. Und es ist eine Eigentümlichkeit der deutschen Verhältnisse, dass nicht, wie in Amerika und andern Ländern das Geld auch Macht und Ansehen kauft, sondern Macht und Ansehen das Geld sich untertan machen, indem sie seinen Vertretern den Stachel des kapitalistischen Wesens aus dem Leibe ziehen." [12]

Dieser wirtschaftliche Wandel hatte zwangsläufig politische Konsequenzen. Die neuen Wirtschaftszweige brauchten ihre Rohstoffe und Absatzmärkte, die im Inneren allein nicht zu bekommen waren. Eine neue Form von Konkurrenz trieb sie um und begünstigte die Begehrlichkeiten gegenüber der politischen Führung, die zumindest in Deutschland ja noch nicht aus ihren Reihen sondern aus den weit bodenständigeren großagraren Eliten, dem Adel, den Junkern rekrutiert wurde. In Großbritannien hatte schon zum Beginn des

Jahrhunderts Hobson präzise gewarnt, dass "der neue Imperialismus ... für die Nation ein schlechtes Geschäft (ist); er ist aber ein gutes Geschäft für bestimmte Klassen und Gewerbe innerhalb der Nation. Die riesigen Rüstungsausgaben, die kostspieligen Kriege, die schweren Risiken und Störungen für unsere Außenpolitik, die Behinderung politischer und sozialer Reformen in Großbritannien selbst sind von großem Schaden für die Gesamtheit, jedoch sehr nützlich für die gegenwärtigen Geschäftsinteressen gewisser Industrien und Berufszweige."[\[13\]](#)

Als schiene er die künftigen Diskussionen der Historiker und Politiker zu ahnen konnte er schon alle Argumente aufzählen, die verhindern sollten zu den inneren Ursachen der Kriegstreiberei vorzudringen. "Die rein sentimentale Diagnose, nach der Kriege und andere Missgriffe der Nation mit Ausbrüchen patriotischer Feindseligkeit oder Irrtümern in der Staatskunst erklärt werden, müssen wir beiseite lassen. Zweifellos wird bei jedem Kriegsausbruch nicht nur der Mann auf der Straße, sondern auch der Mann am Steuerruder oft von der List getäuscht, mit der aggressive Motive und gierige Absichten sich als defensive Politik verkleiden. Wir können ruhig behaupten: Es hat seit Menschengedenken keinen einzigen Krieg gegeben – mag er auch dem leidenschaftslosen Historiker als nackte Aggression erscheinen, – der dem zum Kampf aufgerufenen Volk nicht als notwendige Verteidigungsmaßnahme hingestellt worden wäre, bei der die Ehre, ja vielleicht die Existenz des Staats auf dem Spiel stehe."[\[14\]](#)

Also schon vor dem Ersten Weltkrieg sah ein liberaler bürgerlicher Ökonom sehr genau, was Wirtschaft und Politik verband. Es handelte sich nicht um einfache Marotten oder abschaffbare Fehlleitungen von Politikern und vielleicht auch Massen. So tut es nicht Wunder, dass solche Zuspitzungen der Bewertungen schon alsbald und in den letzten Jahrzehnten umso mehr diese Zusammenhänge und ihre wissenschaftliche Aufarbeitung in einer Imperialismustheorie zurückwiesen. Mit Lenin und den auch ihm eigenen Vergrößerungen und Zuspitzungen, insbesondere hinsichtlich der Periodisierung dieses Imperialismus eben als letztes Stadium des Kapitalismus und Vorabend der proletarischen Revolution, glaubten sie leichtes Spiel zu haben. Übersehen wird aber der Kern der ganzen Sache, die eben nicht in der Zwangslogik hin zur sozialistischen Überwindung in Gestalt einer Revolution auf dem kurzen Wege zu finden ist, sondern in der grundlegenden Konstruktion einer profitorientierten Gesellschaft.

Eine so kastrierte Sicht auf den Imperialismus läuft allein auf die Beschreibung und Kritik einer bestimmten, also expansiven Ausrichtung politischer, wirtschaftlicher und schließlich militärischer Strategien hinaus. Hier Abhilfe zu schaffen erfordere lediglich Einsichten bei den entsprechenden Eliten, sicher auch ein Bekämpfen jener Ideologien und Organisationen, die eine solche Politik befördern. Das hieße Front zu machen gegen Nationalismus und Militarismus, Bekämpfung jener rechtsextremen Kräfte, die etwa in Deutschland mit dem, Alldeutschen Verband, dem Flottenverein udgl. in einen Krieg hineintrieben.

Mit dem Zurückdrängen dieser Kräfte, mit dem Scheitern des Deutschland alleine zugesprochenen Versuchs einer Neuaufteilung der Welt verschwände ein solcher "Imperialismus" mit dem Ende des Ersten Weltkriegs. Schlimmstenfalls habe er sich mit der deutsch-faschistischen, italienischen und japanischen Niederlage 1945 erledigt. Das ist die vorherrschende Herangehensweise von Historikern und Politikern. Ein weiteres Festhalten an "Imperialismustheorien" wird so allein marxistischen, genauer marxistisch-leninistischen Autoren zugeordnet, deren Grundansatz aber spätestens mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus obsolet wurde.

Das eigentliche Problem besteht aber darin, dass es eben nicht allein und in erster Linie um eine zweifelsohne durch politischen Widerstand und durch politische Einsicht abzuschwächende politische Expansionsstrategie geht. Selbst dann, wenn auch einer marxistischen Imperialismustheorie unter Einfluss der Leninschen Interpretation ein gewisser Erklärungswert zugesprochen wird, reibt sich der Leser erstaunt die Augen: "Die These, die Führung des Deutschen Reichs habe aus imperialistischen Motiven gezielt auf den großen Krieg hingearbeitet, ist freilich wenig überzeugend, wenn man in Rechnung stellt, dass Deutschland keineswegs die einzige imperialistisch agierende Macht in Europa war; freilich handelte es sich beim Kaiserreich um einen weltpolitischen Spätankömmling, der sich in die Phalanx der europäischen Kolonialmächte hineindrängen wollte, als die Welt unter ihnen bereits aufgeteilt war."<sup>[15]</sup> So fertigt Herfried Münkler Fritz Fischers methodischen Ansatz ab. Er versichert sich dabei der Rückendeckung der Leninschen Sichtweise, denn "der Vorwurf des imperialistischen Agierens lässt sich allerdings mit ebensolchem Recht den Kriegsgegnern des Deutschen Reichs machen. Die marxistischen Imperialismustheoretiker sind sich dessen bewusst gewesen und haben deswegen, als sie den Imperialismus der europäischen Mächte als Kriegsursache herausstellten, die Verantwortung immer *allen* damaligen Akteuren zu gleichen Teilen zugewiesen."<sup>[16]</sup>

Münkler hat richtig nachgelesen, aber nicht begriffen und nicht auf seinen Untersuchungsgegenstand angewandt, was eine ökonomisch begründete Untersuchungsstrategie zu Tage fördern könnte. Selbstredend wird sie die Antworten nicht in den letzten Tagen vor Kriegsbeginn finden. Hier und kurz danach gab es tatsächlich keinen Kriegsrat des Kaisers und der Reichsleitung mit den Wirtschaftsführern. Ansonsten waren diese aber auch in jener Zeit mit guten Ratschlägen bei der Hand, wie weiter unten zu sehen sein wird. Eine kritische Analyse müsste nach Konstellationen, politischer Kultur, Denk- und Verhaltensweisen – und materiellen Interessen der Beteiligten Entscheidungsträger und ihrer bezahlten intellektuellen Klopffechter fragen. Dummerweise würde eine solches Examinieren der Geschichte allerdings Parallelen aufweisen, die in die Gegenwart führen.

Der bereits wiederholt erwähnte Walther Rathenau hat in schonungsloser Offenheit die Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaftsunternehmen benannt, mit ihren überbordenden ökonomischen Potenzen und ihrer ungebremsten Profitgier unter den vorhandenen Verhältnissen zurecht zu kommen. Ein Jahr vor dem Krieg verkündete er unumwunden, dass die Zeit der Selbstbescheidenheit vorbei sei: "*Es wird Zeit, dass wir es kennenlernen und dass wir unumwunden bekennen und aussprechen: ja, es ist wahr, wir haben Nöte und Bedürfnisse. Wir können nicht in einem Menschenalter hundert Millionen Deutsche mit den Produkten einer halben Million Quadratkilometer einheimischen Bodens und einer afrikanischen Parzelle ernähren und beschäftigen, und wir wollen nicht der Gnade des Weltmarktes anheimfallen. Wir brauchen Land dieser Erde. Wir wollen keinem Kulturstaat das seine nehmen, aber von künftigen Aufteilungen muss uns so lange das nötige zufallen, bis wir annähernd so wie unsere Nachbarn gesättigt sind, die weit weniger Hände und unendlich mehr natürliche Güter haben.*"<sup>[17]</sup>

Dabei sollte dies nicht allein als Streben nach Kolonien missverstanden werden. Aus dem Gesamtzusammenhang der Vorstellungen der deutschen Wirtschaftskapitäne, sowohl der noch vorhandenen Großeigentümer wie ihrer gut bezahlten Manager wurde deutlich, dass es ihnen um Märkte, Rohstoffe, Einflusszonen ging, sicher auch Land, um die Junker glücklich zu machen und nachwachsende Rohstoffe eines Tages produzieren zu können. In diesen Zielen unterschieden sich die einzelnen Wirtschaftszweige in der Schärfe ihrer vorgebrachten Wünsche wenig, in der Fähigkeit, flexibel zu agieren – im Inneren wie nach Außen doch eher. Die Schwerindustriellen waren weit bodenständiger, annexionsfreudiger, während die neuen

Industrien im Elektro- und Chemiebereich, die ja auch Rathenau vertrat, im Zweifelsfall auch andere Optionen akzeptierten. Nur, dass war im Anheizen der Stimmung und im Druck auf die Regierung zumindest in der Vorkriegssituation weniger bedeutsam. Sie wollten allesamt die bestehenden Machtverhältnisse zumindest in Europa aufbrechen und Grenzen verschieben. Kritiker des Imperialismus wie George W.F. Hallgarten hatten dabei keine Illusionen über die nationalfernen, - ja –feindlichen Interessen und Zielsetzungen der Wirtschaftsführer. Ihr Imperialismus "lief dem Geschäft, den Absatzfeldern und Rohstofflagern ... nach, die vom rein nationalen Gesichtswinkel aus von untergeordneter Bedeutung waren. Nicht der Standpunkt des Volkstums, der Standpunkt der Industrie bestimmte jene Bewegung, schrieb ihr seine Gesetze vor. - Die Folge dieses mechanischen Fortschreitens aber war die erschreckende geistige Physiognomielosigkeit, durch die diese Zeit sich auszeichnet. Große politische Geister fehlen dieser Epoche fast ganz."[\[18\]](#)

### *Ohne ökonomische Interessen keine Kriegsursachenanalyse*

Ja, es geht um Imperialismus. Sich darauf zu berufen ist, wie bereits gezeigt, für den bürgerlichen Mainstream nicht so recht mehr möglich. Die Verirrungen im Gefolge der marxistischen Renaissance zu Zeiten der Studentenbewegung sind längst verflogen und einem mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus verbundenen Rollbacks auch theoretischer Positionen verbunden, die den Realkapitalismus für die Kümernisse dieser Welt verantwortlich machen könnten. Natürlich ist die theoretische Aufarbeitung dieser Veränderungen des Umsetzungscharakters des Kapitalismus mittlerweile 100, 120 Jahre alt. Selbst die fundamentale Schrift Lenins zum Imperialismus, 1916 mitten im Ersten Weltkrieg entstanden, griff bereits auf eine breite Diskussion zurück. Die Wende zum 20. Jahrhundert brachte neue Züge des Kapitalismus. Die Folgen mussten für die Strategie der Linken und ihr sozialistisches Ziel haben. Einige wenige Staaten sicherten sich stärker Einflusszonen und Kolonien, wobei die Rolle einzelner Kapitalgruppen, Monopole, Kartelle oder Trusts sichtbar wurde. Die nationalen Volkswirtschaften und Konzerne waren unmittelbar auf einem Weltmarkt konfrontiert. Ohne einen starken, auch aggressiven Machtstaat, der militärisch die Profitrealisierung sicherte, sich geeigneter gemeinschaftsstiftender Ideologien bediente, konnte sich kein dauerhafter Erfolg zumindest der Metropolen einstellen. Schließlich drängte die Arbeiterbewegung die Frage, ob und wie sich die neuen Bedingungen auf ihren Kampf auswirkten.

Die Imperialismustheoretiker dieser Jahre waren mit der Kolonialpolitik der westlichen Metropolen konfrontiert, dem rasch ausufernden Streit um Einflusszonen und Vormachtstellungen. Auch wenn sie gerade in den ersten imperialistischen Kriegen am Vorabend des Ersten Weltkrieges und während dieses großen Völkergemetzels ihre zentralen Thesen zum Imperialismus aufstellten, so waren sie realistisch und analytisch genug, um den komplexen Charakter des Phänomens zu erfassen. Der Imperialismus ließ und lässt sich nicht auf einzelne Erscheinungsformen reduzieren. So wichtig in den damaligen politischen Auseinandersetzungen der Kolonialbesitz war, eigentlich spielte er nur eine Randrolle. Es war nicht entscheidend, über fremden Gestaden eine Flagge zu hissen. Ausschlaggebend waren die ökonomische Einflussnahme und die Fähigkeit, für den Erfolg der eigenen, der monopolkapitalistischen Ökonomie die notwendige Profitrealisierung zu sichern. Der Kern ist das ökonomische Prinzip des "Je ein Kapitalist schlägt viele tot."[\[19\]](#) Dieses Prinzip schafft jene Vergesellschaftungsstufe, die schon Marx auf eine mögliche revolutionäre Überwindung des Kapitalismus hoffen ließ: "Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst

die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse."<sup>[20]</sup> Dieses Prinzip sorgt für den Stärkezuwachs einzelner Kapitale, die es schaffen - und das waren die Monopole. Die Hoffnung auf eine so zu erfolgende Revolutionierung der Arbeiterklasse erwies sich als weit schwieriger einzulösen, bedurfte erst der mörderischen Kriegserfahrung zu ihrer explosiven Freisetzung.

Konzentration wie Zentralisation sind zentrale Prozesse der Kapitalentwicklung, die bei Strafe des Untergangs letztlich auch die notwendige Ausweitung der Absatzmärkte bedeuten. Der Verweis darauf, in der Gegenwart wären diese Vorgänge dadurch problematisiert, dass Transnationale Konzerne nicht mehr die klassischen nationalstaatlichen Monopole mit der entsprechenden Identifikationsmöglichkeit sind, sondern selbst als weltpolitische Akteure direkt oder indirekt aufzutreten suchen, ändert daran wenig. Der gerne beschworene, und gegen die klassischen Imperialismustheorien gerichtete Hinweis, übersieht, dass sich diese Konzerne trotzdem der Nationalstaaten (nicht zuletzt der USA als Super- und Militärmacht) bedienen, wobei der Staat, insbesondere der Militärisch-industrielle Komplex ebenso wie bestimmte Monopolgruppen (etwa in der Energiewirtschaft) je eigene Interessen haben.

In der Zeit vor dem Weltkrieg agierten diese Konzerne zwar auch schon international, nahmen keine Rücksicht auf die jeweiligen nationalstaatlichen Interessen. So konkurrierten die Rüstungskonzerne Krupp aus Deutschland und Schneider-Creusot aus Frankreich durchaus bei der Bewaffnung von Armeen, die bald auf eigene Soldaten schießen sollten. Noch aber hielten sie sich an ihre eigenen Regierungen, umgarnten ihre politischen Führer und suchten – wenn möglich – Schlüsselpositionen im Machtsystem zu besetzen. Das war im Deutschen reich angesichts der immer noch dominierende Rolle des Adels schwierig. Aber über schlechte Beziehungen zum Kaiser oder zum Kanzler konnten sie nicht klagen. Wichtige Wirtschaftsführer saßen im Reichstag und die Türen der Ministerien standen für sie offen.

*Imperialismus* im weiteren Sinne ist vornehmlich die sich durch Konzentration und Zentralisation der Produktion sowie das Finanzkapital ergebende Monopolbildung als bestimmende sozialökonomische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft *und* eine aktive, expansive Politik zur Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Staaten, d.h. in erster Linie der einflussreichsten Monopole und Monopolgruppen. Im Sinne Lenins und seiner Zeitgenossen ging es immer um den ökonomischen Kern, das Monopolverhältnis, *und* den politischen Ausdruck - einer aggressiven (mit welchen Mitteln auch immer) betriebenen Expansionspolitik, im Extremfall mit dem Ziel der Weltherrschaft. Insofern ist Lenins Definition stimmig, der den "Imperialismus (als das) monopolistische Stadium des Kapitalismus" sah.<sup>[21]</sup>

Im engeren Sinne sollte der Begriff *Imperialismus* auf die politische Dimension dieses Monopolverhältnisses angewandt werden und der Begriff *Monopolkapitalismus* auf die neue Etappe des Kapitalismus selbst, die im Unterschied zu Lenins Position durchaus nicht das höchste und letzte Stadium sein muss. Denn die Entwicklung bleibt offen. In den späten 1970er Jahren hatte Johan Galtung eine solche Sichtweise in einer auch für das vorliegende Thema sinnvollen Weise erweitert. Er versteht etwa den Imperialismus "als ein(en) spezielle(n) Typ von Herrschaftsverhältnis zwischen organisierten Kollektiven, insbesondere Nationen".<sup>[22]</sup> Dies aber nicht in einer verkürzten "marxistisch-leninistischen" Sichtweise, die alles ökonomistisch auf das Monopolverhältnis reduziert, das, wenn es fällt, alles zum Einsturz bringen würde.<sup>[23]</sup>

Die fehlende Unterscheidung zwischen dem ökonomisch bestimmten Monopolkapitalismus und dem ihm gemäß politisch agierenden Imperialismus ist für viele Missverständnisse und Verkürzungen verantwortlich. Für Lenin bestand der Imperialismus aus beiden Teilen. Kautsky, Nikolai Bucharin, aber auch Luxemburg mit ihrem Hinweis, dass "Akkumulation des Kapitals nicht bloß ökonomischer, sondern politischer Prozess" sei, [\[24\]](#) hatten jeweils in spezifischer Weise die politische Seiten betont. Die Hauptschwierigkeit aller bisherigen und künftigen Analyse besteht gerade darin, Vermittlungsglieder zwischen den ökonomischen und politischen Ebenen aufzufinden, aufzuzeigen und durch politische Eingriffe möglicherweise auch einen aggressiven, expansionistischen Imperialismus zu begrenzen.

Die realen Prozesse des beginnenden 20. Jahrhundert lieferten immer wieder Munition für solche theoretischen Diskussionen. Praktisch sorgten sie aber dafür, dass sich – hier am Beispiel Deutschlands exemplifiziert – eine neue wirtschaftliche Situation und ein ungeahntes wirtschaftliche Einflusspotential auf die Macht herausbildeten.

Unter den deutschen Verhältnissen hatten Kontributionen des geschlagenen Frankreichs ab 1871 für eine explosionsartige Entwicklung des Kapitalismus gesorgt. Das Wachstum der Wirtschaft, das Entstehen und Erweitern zahlreicher Unternehmen ging allerdings auch mit einer großen Spekulationsblase einher, die 1873 zerplatze. Der "Gründerkrach" war allerdings mit seinen Firmenzusammenbrüchen aber auch jenes reinigende Gewitter, dem ein massiver Prozess Konzentrations- und Zentralisationsprozess folgte. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts dominierten bereits Monopole die Wirtschaft. Schwerindustrie, Bergbau, Chemieindustrie und Elektroindustrie waren Schrittmacher dieser Entwicklung. Zugleich gab es eine enge Verzahnung mit dem Finanzkapital, den mächtig gewordenen Banken, die diese Industrie finanzierten. Dies begann bei Kohle und Eisen, die einen besonders hohen Kapitalbedarf hatten. [\[25\]](#)

Gerade die Arbeiterbewegung spürte diese Veränderungen deutlich. Neue Fabriken schossen wie Pilze aus dem Boden, bestehende Werke wurden ausgebaut. Aus den agrarischen Provinzen, aber auch aus dem polnischen Osten strömten Arbeitskräfte in diese neuen Fabriken. Die Konkurrenz unter den Arbeitern nahm zu, gleichzeitig eröffneten sich für die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie neue Organisationsmöglichkeiten. Der wirtschaftliche Aufschwung hatte aber auch positive Folgen für die Arbeiter, die Lohntüten waren besser gefüllt, einige Großunternehmen suchten nach Wegen, um qualifizierte Stammebelegschaften an sich zu binden.

Das waren in aller Regel nicht mehr die Unternehmen einzelner, oft noch kreativer und engagierter Unternehmer und Kapitalisten. Von ihnen blieb eventuell der Name oder der Familieneinfluss. Die Zentralisation und Konzentration gerann in Konzernen, Monopolunternehmen. Kapitalbedarf und wirtschaftliche Verschränkungen zwangen zu neuen Dimensionen kapitalistischen Handelns, weit anonymere als bislang, aber auch weit effizienter. Das hieß aber zumindest bei den Beschäftigten in den Stammunternehmen dieser neuen Konzerne durchaus mit erheblichen Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen.

In Deutschland vollzog sich dieser Prozess in den genannten Zeiträumen um die Jahrhundertwende besonders rasant, auch wenn es analoge Monopolbildungen auch in den anderen imperialistischen Ländern gab. Vickers und Armstrong-Whitworth in Großbritannien, Schneider-Creusot in Frankreich oder die russischen Putilow-Werke – wenn nur an die rüstungsrelevanten Unternehmen gedacht wird, belegen das.

Diesen neuen Charakter – auch wenn mit Erwartungen für eine Politik zugunsten der Arbeiter – sah früh Eduard Bernstein. Für ihn waren die Monopole ein probates Mittel des Kapitals, sich gegen Krisen besser zu wappnen. Er vermutete, "dass von den heute angewandten Mitteln, der äußersten Zuspitzung dieser Übel entgegenzuwirken die Kartelle der kapitalistischen Unternehmungen auf der einen Seite den Arbeitern und auf der anderen dem großen Publikum gegenüber monopolistische Verbände darstellen, die die Tendenz haben, über deren Rücken hinweg und auf ihre Kosten Kämpfe mit gleichartigen Monopolverbänden anderer Industrien oder anderer Länder zu führen oder durch internationale bzw. interindustrielle Verträge willkürlich Produktion wie Preise ihrem Profitbedürfnis anzupassen."[\[26\]](#)

Die Dynamik der wirtschaftlichen, vor allem wirtschaftsstrukturellen Veränderungen waren mit den Händen zu greifen. Was im schwerindustriellen Bereich begann, erfasste bald die ganze Wirtschaft. In der Schwerindustrie bestimmten Krupp, Stinnes, Thyssen die großen Linien der Wirtschaftspolitik und meldeten politische Konsequenzen für das Reich an. Vergleichbare Prozesse betrafen auch die chemische und Elektroindustrie mit hohem Kapitalbedarf für Anlagen und vor allem auch Forschung – hier waren besonders die Siemens AG und die AEG Vorreiter. Um das alles finanzieren zu können – und teilweise mit der Verschiebung der Machtverhältnisse direkt hin zum Geld verbunden, vollzog sich eine deutliche und im Vergleich zu anderen Staaten nachdrückliche Konzentration im Bankensektor. Aktiengesellschaften wurden zur Normalform dieser Verflechtung von Industrie und Banken. Deutsche Bank, Dresdner Bank, Disconto-Gesellschaft, Nationalbank für Deutschland, Bank für Handel und Industrie, Berliner Handels-Gesellschaft, A. Schaaffhausenscher Bankverein, Commerz- und Disconto-Bank waren die neuen wichtigen Namen und ihre Direktoren die neuen mächtigen Männer, die den Weg zum Finanzkapital, der Verschmelzung von Banken und Industrie, verkörperten. Insbesondere regelten das Deutsche und Dresdner Bank als die dynamischsten und einflussreichsten Geldinstitute im Reich und vor allem als Finanziers der Industrie.[\[27\]](#)

Auch in der sozialdemokratischen Diskussion wurde diese Entwicklung konstatiert. Rudolf Hilferding, einer der führenden linken, damals marxistischen Ökonomen, stellte 1911 heraus, dass einerseits diese Entwicklung zu einer solchen Machtkonzentration führt, dass das Finanzkapital die gesellschaftliche Entwicklung bestimmt, gleichzeitig aber durch die Zuspitzung die sozialistische Umwälzung ideale Bedingungen findet. Die Vergesellschaftung schreite so voran und die Übernahme durch ein siegreiches Proletariat würde dem Sozialismus auch ökonomisch Tür und Tor öffnen. Hilferding sah diese Prozesse in ihrer ganzen gesellschaftsgestaltenden wie –zerstörerischen Gewalt. Zu diesem Zeitpunkt kam es für ihn nicht in Frage, dass trotz der sich wohl verbessernden sozialistischen Perspektive sich "das Proletariat von seiner unerbittlichen Feindschaft gegen den Militarismus und die Kriegspolitik abbringen kann"[\[28\]](#). Die neuen ökonomischen Bewegungsformen des Kapitals wie "Schutzzoll und Kartelle bedeuten Verteuerung der Lebenshaltung, die Unternehmerorganisationen stärken die Widerstandskraft des Kapitals gegen den Ansturm der Gewerkschaften; die Rüstungs- und Kolonialpolitik steigert immer rascher die Steuerlast, die das Proletariat aufzubringen hat; das notwendige Ergebnis dieser Politik, der gewaltsame Zusammenstoß der kapitalistischen Staaten, bedeutet eine ungeheure akute Steigerung des Elends; aber all diese die Volksmassen revolutionierenden Kräfte können nur dann in den Dienst einer Neugestaltung der Wirtschaft gestellt werden, wenn die Klasse, die die Schöpferin der neuen Gesellschaft werden muss, in ihrem Bewusstsein diese ganze Politik und ihre notwendigen Ergebnisse antizipiert. Dies kann aber nur geschehen, wenn die notwendigen Folgen dieser Politik gegen die Interessen der Volksmassen den Massen fort und

fort klargemacht werden, was wieder nur erfolgen kann in der beständigen, rücksichtslosen Bekämpfung der imperialistischen Politik."[\[29\]](#)

Die Arbeiterbewegung und ihre Parteien und Gewerkschaften erwiesen sich als zu schwach, um diese Politik in ihrer Konsequenz zu begreifen und eine Massenbewegung wirksam dagegen zu führen. Noch gab es keine Alternative dazu, dass die Imperialisten in ihrer ungleichzeitigen und ungleichmäßigen Entwicklung darum ringen, den jeweiligen Konkurrenten auszuschalten. "Um die tatsächliche Macht eines kapitalistischen Staates zu prüfen, gibt es kein anderes Mittel und kann es kein anderes Mittel geben als den Krieg." Für Lenin stand "der Krieg ... in keinem Widerspruch zu den Grundlagen des Privateigentums, er stellt vielmehr eine direkte und unvermeidliche Entwicklung dieser Grundlagen dar. Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung einzelner Wirtschaften und einzelner Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel, das gestörte Gleichgewicht von Zeit zu Zeit wiederherzustellen, als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik."[\[30\]](#) Das sollte sich in den Zeiten nach dem Sieg eines alternativen, sich sozialistisch verstehenden Gesellschaftssystems trotz der wiederholten Auseinandersetzungen am Rande des Krieges, trotz blutiger Stellvertreterkriege neu einpegeln. Abgesehen von dem Sonderfall des deutsch-faschistischen Revanchekriegs blieben Auseinandersetzungen war auf die Systemkonfrontation fixiert. Mit dem Wegfall der Bipolarität nach dem Scheitern des Realsozialismus 1989/91 ist diese Entwicklung wieder offener. Allerdings gibt es ein einen wesentlichen Aspekt, der auch nach 1990/91 den Druck zu einem imperialistischen Konkurrenzkrieg selbst gegen die nun eher zum kapitalistischen System gehörenden einstigen realsozialistischen Großmächte Russland und Volksrepublik China, aber um regionale Vormachtstellungen beeinflusst und diszipliniert: Die wichtigsten Mächte verfügen über Kernwaffen und deren Einsatz wird immer noch seit der Kubakrise 1962 als inakzeptabel angesehen. Denn die Vernichtung beider Seiten ist wahrscheinlich. Eine Konsequenz ist allerdings auch, dass immer wieder kleinere Mächte versuchen, Nuklearwaffen als Rückversicherungen zu erlangen.

---

[\[1\]](#) Die Ausarbeitung stützt sich auf: Stefan Bollinger: Weltbrand, "Urkatastrophe" und linke Scheidewege. Fragen an den Großen Krieg. verlag am park. Berlin 2014.

[\[2\]](#) Siehe ausführlicher Stefan Bollinger: Imperialismustheorien. Historische Grundlagen für eine aktuelle Kritik. Wien 2004; siehe auch ders.: Lenin - Träumer und Realist. Wien 2006; ders.: Linke und Nation. Klassische Texte zu einer brisanten Frage. Wien 2009.

[\[3\]](#) Freiherr von Bülow, Staatsminister, Staatssekretär des Auswärtigen Amts. In: Verhandlungen des Deutschen Reichstages. 9. Legislaturperiode. 4. Sitzung am 6. Dezember 1897. S. 60.

[\[4\]](#) Wladimir Iljitsch Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss. In: ders.: Werke (im Weiteren: LW). Bd. 22. Berlin 1960, S. 273.

[5] Chalmers Johnson: Blowback. The Costs and Consequences of American Empire. New York 2001, S. 19

[6] Hans Mottek/Walter Becker/Alfred Schröter: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriss. Band III. Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945. Berlin 1977, 3. A., S. 182.

[7] Walther Rathenau: Deutsche Gefahren und neue Ziele. In: In: ders.: Gesammelte Schriften in fünf Bänden. Bd. 1. Berlin 1918, S. 269.

[8] Ebd., S. 269f.

[9] Friedrich Engels: England 1845 und 1885. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 21. Berlin 1972, S. 192.

[10] Walther Rathenau: Deutsche Gefahren und neue Ziele. A.a.O., S. 278.

[11] Ebd.

[12] Werner Sombart: Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte vor dem Ersten Weltkrieg. 2. Band. Berlin 1913, 3., durchges. u. weitergef. Aufl., S. 471.

[13] John A. Hobson: Der Imperialismus. Köln-Berlin 1968, S. 68.

[14] Ebd., S. 68.

[15] Herfried Münkler: Der Große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918. Berlin 2013, S. 94.

[16] Ebd., S. 94.

[17] Walther Rathenau: Deutsche Gefahren und neue Ziele. A.a.O., S. 270.

[18] George W.F. Hallgarten: Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Außenpolitik europäischer Großmächte vor dem Ersten Weltkrieg. 1. Band. München 1963, 2., durchgearb. u. stark erw. Aufl., S. 506.

[19] Karl Marx: Das Kapital. Bd. 1. In: MEW Bd. 23, S. 790.

[20] Ebd., S. 790f.

[21] Wladimir Iljitsch Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. A.a.O., S. 270.

[22] Johan Galtung: Eine strukturelle Theorie des Imperialismus. In: Dieter Senghaas (Hrsg.): Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion. Frankfurt/M. 1973, 2. Aufl., S. 29.

[23] Siehe ebd., S. 30.

[24] Rosa Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals oder Was die Epigonen aus der Marxschen Theorie gemacht haben. Eine Antikritik. In: dies. Gesammelte Werke. Berlin 1978. Bd. 5, S. 519.

[25] Siehe Hans Mottek u.a.: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. A.a.O., bes. 2. Kap.

[26] Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart 1902. S. 81.

[27] Siehe Willibald Gutsche: Monopole, Staat und Expansion vor 1914. Zum Funktionsmechanismus zwischen Industriemonopolen, Großbanken und Staatsorganen in der Außenpolitik des Deutschen Reiches 1897 bis Sommer 1914. Berlin 1986, S. 32.

[28] Rudolf Hilferding: Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus. Berlin 1947, S. 511.

[29] Ebd.

[30] Wladimir Iljitsch Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa. In: LW Bd. 21, S. 344f.